

Apfelwein Viez jetzt im Rennen um Unesco-Titel

TRIER (dpa). Der an Mosel und Saar weit verbreitete Apfelwein Viez ist jetzt im Rennen um die Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes der Unesco. Der Verein „Trierer Viezbruderschaft“ übergab am Dienstag die Bewerbung an die für kulturelles Erbe zuständige Vertreterin des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, Andrea Stockhammer. Es handele sich „um einen sehr sorgfältig gemachten Antrag, einen qualitätsvollen Antrag“, mit dem sich das Expertengremium nun gut befassen könne, sagte sie. Das Gremium, dessen Vorsitzende Stockhammer ist, wird bis 15. April 2022 bis zu vier Bewerbungen aus Rheinland-Pfalz auswählen, die dann über die Kulturministerkonferenz bei der deutschen Unesco-Kommission eingereicht würden. Eine Entscheidung über eine Aufnahme in das Verzeichnis werde im März 2023 erwartet, sagte sie. Der regionaltypische Viez, auch in Eifel und Hunsrück beheimatet, geht auf eine jahrhundertalte Tradition zurück und ist eng mit der Erhaltung von Streuobstwiesen und der Obstproduktion verbunden. Die Stadt Trier unterstützt den Antrag.

Lang gesuchter Straftäter gefasst

TRIER (dpa). Die Bundespolizei hat am Dienstag einen seit vier Jahren gesuchten Straftäter in einem Reisebus in Trier festgenommen. Gegen den 48-jährigen habe ein Haftbefehl wegen Urkundenfälschung vorgelegen, teilte die Polizei am Dienstag mit. Er hatte demnach 2017 bei einer Polizeikontrolle in einem Zug einen gefälschten französischen Aufenthaltstitel sowie Führerschein vorgezeigt, um einer gegen ihn verhängten Geldstrafe zu entgehen. Nachdem der 48-Jährige am Dienstag die noch offene Geldstrafe zahlte, konnte er seine Reise fortsetzen. Ansonsten hätte ihn eine 52-tägige Haftstrafe erwartet.

KURZ NOTIERT

Corona-Inzidenz leicht gesunken

MAINZ (dpa). Die Gesundheitsämter in Rheinland-Pfalz haben am Dienstag 470 neue Corona-Infektionen registriert. Damit sank die Inzidenz der Infektionen auf 100 000 Einwohner innerhalb einer Woche von 59,2 auf 57,3 (Stand 14.10 Uhr), wie das Landesuntersuchungsamt mitteilte.

Feuerwehr rettet drei Katzen

KOBLENZ (dpa). Die Koblenzer Feuerwehr hat drei Katzen aus einer brennenden Wohnung in einem Mehrfamilienhaus gerettet. Nach den Strapazen vom Montagabend seien die Tiere wohl auf, sagte Dienstagfrüh eine Sprecherin der Feuerwehr. Ihr Halter blieb demnach unverletzt.

Weniger Honig geerntet

NEUSTADT (dpa). Imker in Rheinland-Pfalz haben in diesem Jahr deutlich weniger Honig geerntet. Grund dafür sei das nasse und kalte Wetter im Frühjahr und Sommer, sagte Jochen Dörr, Honigobmann des Imkerverbands Rheinland-Pfalz in Neustadt. So sei zum Beispiel die Blütezeit der Akazien aufgrund des Starkregens schon nach zehn Tagen vorbei gewesen.



Das neue digitale Schulverwaltungsprogramm sorgt für Unmut an rheinland-pfälzischen Schulen.

Foto: dpa

Schulleiterfrust 2.0

Rektoren in Rheinland-Pfalz bemängeln komplizierte Schulsoftware zur Datenübermittlung

Von Stephen Weber

MAINZ/LANGENLONSHEIM.

Wenn Benedikt Maria Trappen an seinem Computer vor dem neuen Schulverwaltungsprogramm sitzt, fühlt er sich manchmal wie im Cockpit einer Boeing. Es gibt scheinbar tausend Knöpfe, Hebel und Schalter zu betätigen, um die komplizierte Maschine zum Laufen zu bekommen. „Seit Monaten schufte ich als Schulleiter uns nun schon durch die Software, auch in unserer Freizeit, um dem Land unsere Schulstatistik zu übermitteln. Und am Ende klappt es trotzdem nicht“, ärgert sich Trappen, Schulleiter der Grundschule in Langenlonsheim, einem Dorf nahe Bad Kreuznach. Wie ihm geht es derzeit etlichen seiner Kollegen in Rheinland-Pfalz. Oder wie Trappen es formuliert: „Der Unmut ist riesig.“

2017 hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium landesweit an allen Schulen die neue Schulsoftware edoo.sys schrittweise eingeführt. Für rund 5 Millionen Euro. Das sei nun diesem Schuljahr für alle verpflichtende Schulverwaltungsprogramm ist ein Baustein dieser Software. Ziel ist es, Daten einfach und schnell zu übermitteln. Nur: „Das Gegenteil ist der Fall“, be-

schwert sich Trappen. „Es passiert immer wieder, dass nach stundenlanger Arbeit ein Update erfolgt und dann alle Einstellungen und Eingaben wieder gelöscht sind.“ Und die Arbeit von vorn beginnt.

Eine Ursache des Problems ist laut Trappen wahrscheinlich, dass es wegen der Corona-Pandemie nur vereinzelt Vor-Ort-Schulungen für Schulleiter in die neue Software gegeben hat. Für den Rest wurden lediglich mehrstündige Internetworkshops angeboten. Mit über 200 Teilnehmern. „Zusätzlich wurde ein schlecht erreichbarer Support eingerichtet und ein über 1000-seitiges Handbuch verteilt“, sagt Trappen.

Lehrgewerkschaft hat vor Problemen gewarnt

Auch die Lehrgewerkschaft GEW kritisiert, dass das Land die Schulleiter mit ihren Problemen weitestgehend alleine lässt. In einer Presseerklärung heißt es: „Statt sich um ihre Kollegien und Schüler zu kümmern, verbrachten Schulleitungen ihre Zeit in den letzten Wochen damit, immer wieder zu versuchen, die angeforderten Daten zu übermitteln.“ Bis zum letzten Schultag vor den Herbstferien am 8. Oktober hatten alle Schulen Zeit, die sogenannte Herbststatistik über

edoo.sys ans Land zu senden. Eingegangen ist aufgrund technischer Probleme lediglich die Hälfte der Daten, eine magere Quote. Der Verband „Bildung und Erziehung“ in Rheinland-Pfalz befürchtet deshalb, dass sich die neue Software zu einer „Odyssee“ für die Schulen entwickeln könnte. In Richtung Landesregierung fordert der Verband daher „die Abschaffung von edoo.sys als landesweit verpflichtende Schulverwaltungssoftware“.

Im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium ist man sich der Problematik bewusst. Auf Anfrage dieser Zeitung heißt es aus der Pressestelle: „Einige Schulen haben uns Probleme bei der Eingabe der Daten gemeldet. Wie viele das im Einzelnen sind, kann ich Ihnen aber ad hoc nicht nennen.“ Die Schwierigkeiten seien allerdings auch in anderen Ländern, in denen das System eingeführt wurde, bekannt.

Damit die Herbststatistik nun doch noch fristgerecht eingereicht werden kann, hat das Bildungsministerium entschieden, den Stichtag nach hinten zu verschieben. Auf vier Tage nach den Herbstferien. „Wir gehen davon aus, dass ein Großteil der Schulen vor den Ferien bereits so umfangreiche Arbeiten an dem System geleistet haben, dass diese zusätzli-

che Frist ausreichen sollte.“ Trotz all der bekannten Probleme ist das Land nach wie vor überzeugt von der Software – und will weiter an ihr festhalten. „Die Einführung der neuen Schulverwaltungssoftware wird von einer Mehrzahl der Schulen sehr begrüßt und nach den Rückmeldungen der Schulen haben viele Funktionalitäten eine große Arbeitserleichterung mit sich gebracht.“ Wenn die Software einmal an allen Standorten final eingerichtet sein soll, rechnet das Bildungsministerium damit, dass sie „unseren Lehrkräften ein hohes Maß an Zeit- und Arbeitsentlastung“ verschafft.

Schulleiter starten eigene Bewertung

Worte, die Trappen und die anderen Schulleiter vermutlich vorerst nicht beäugen. Trappen sagt stattdessen: „Bislang ist das Programm keine Entlastung, sondern purer Stress.“ Deshalb laufen derzeit Vorbereitungen gemeinsam mit dem Schulleiterverband, den Gewerkschaften und den Landeselternsprechern, um eine eigene Umfrage unter den Schulen durchzuführen. Um dem Land zu zeigen, dass sich viele Schulleiter vor der Software fühlen, als würden sie im Cockpit einer Boeing sitzen.

Gestaltungsmacht für Frauen

Ministerin Jeanette Rott-Otte beklagte 1991, dass der Mann an erster Stelle genannt wird

Von Peter Zschunke

MAINZ. Frauen machen die Hälfte der Bevölkerung aus – „aber sie sind bis heute in vielen Bereichen noch nicht mit Männern gleichgestellt“, sagt die Vorsitzende des Landesfrauenrats Rheinland-Pfalz, Claudia Rankers. „Deswegen ist es wichtig, dies in einem eigenen Ministerium, das vor 30 Jahren gegründet wurde, zu fokussieren und zu adressieren.“

„Es gibt noch viel zu tun, bis wir die tatsächliche Gleichstellung erreicht haben“, sagt Frauenministerin Katharina Binz (Grüne). Die Landesverfassung enthalte den klaren Auftrag, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen. „Daher werde ich mich als Frauenministerin mit aller Kraft unter anderem dafür einsetzen, dass Frauen die gleichen beruflichen Chancen haben, die gleiche Bezahlung erhalten, dafür, dass Frauen entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung in Parlamenten und Gremien vertreten sind, und dafür, dass Frauen sich sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft in Führungspositionen wiederfinden, die ihnen Gestaltungsmacht verleihen.“

Binz ist die siebte Amtschefin im Frauenministerium. Die erste Staatsministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann war Jeanette Rott-Otte (SPD), von 1991 bis 1994 erfüllte sie diese Aufgabe im Kabinett von Rudolf Scharping (SPD). In einer Plenardebatte sagte Rott-Otte im März 1992: „Die Frauenpolitik in Rheinland-Pfalz hat ihren Stellenwert mit der Einrichtung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann gefunden,

und ich betone nochmals: von Frau und Mann – denn es wird immer wieder zuerst der Mann genannt.“ Als vorrangiges Ziel ihrer Arbeit nannte sie die Verbesserung der Situation von Frauen im Beruf.

So wurden 1992 ein arbeitsmarktpolitisches Programm zur Ein- oder Wiedereingliederung von Frauen ins Erwerbsleben (AMPP) gestartet, mit Seminaren für Frauen, die nach einer Familienzeit wieder in den Beruf zurückkehren wollen. Daraus entwickelten sich 2003 die Beratungsstellen „Frau & Beruf“ mit Ansprechpartnern für Frauen in allen beruflichen Lebenssituationen. Auch der Landesfrauenrat wurde 1992 gegründet, in dem sich rund 35 Frauenorganisationen zusammengeschlossen haben.

Unter der zweiten Frauenministerin Rose Götte (SPD) trat 1995 das Landesgleichstellungsgesetz in Kraft, womit erstmals gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst eingeführt wurden. 2015 wurde eine Neufassung dieses Gesetzes verabschiedet. 1992 gab es auch eine Verwaltungsvorschrift „Geschlechtsgerechte Amts- und Rechtsprache“ – das Gendern ist keine neue Diskussion.

„In den letzten 30 Jahren große Fortschritte erzielt“

Die dritte und die vierte Frauenministerin sind heute noch politisch aktiv: Doris Ahnen (2001 bis 2006) als Finanzministerin und Malu Dreyer (2006 bis 2011) als Ministerpräsidentin. Mit Irene Alt wechselte das Ressort 2011 von der SPD zu den Grünen. 2016 folgten ihr Anne Spiegel und in diesem Jahr Katharina Binz.

„Wir haben in den letzten 30 Jahren große frauenpolitische Fortschritte erzielt“, sagt Ministerin Binz. „Wir haben in Rheinland-Pfalz in dieser Zeit eine weitverzweigte und gut vernetzte, frauenpolitische Infrastruktur aufgebaut und institutionalisiert.“ Auch habe die Frauen- und Gleichstellungspolitik in den vergangenen Jahren immer mehr an Akzeptanz gewonnen, in der Politik wie in der Gesellschaft. Die Bedeutung von Frauenpolitik finde heute mehr Beachtung denn je. „Das war kein einfacher Weg und es gab viele Widerstände, die aus dem Weg geräumt werden mussten.“



Frauenministerin Katharina Binz (Bündnis 90/Die Grünen): „Es gibt noch viel zu tun.“ Foto: dpa

Jetzt geht es um den Wiederaufbau

Ein Vierteljahr ist seit der Jahrhundertflut im Ahrtal mit 133 Toten und Tausenden beschädigten oder zerstörten Häusern vergangen / Eine Zwischenbilanz

Von Jens Albes

DERNAU. Kunterbunt bemalt und beschriftet ist das frei stehende Haus mit den scheiblosen Fensterhöhlen in Dernau im flutgeschädigten Ahrtal. Die Nachbarhäuser sind schon abgerissen. „Das Ahrtal gibt nicht auf“ steht an der Fassade. Und wortspielerisch: „We ahr together Solidarität.“ Im ersten Stock gibt es eine Terrasse – bis zur oberen Geländerstange ist die Sturzflut am 14. und 15. Juli gestiegen. Darunter ist ein Polizeihubschrauber mit zwei Menschen an einem Seil gemalt. Daneben steht: „4 Personen von dieser Terrasse aus gerettet.“

Drei Monate ist das Hochwasser nach extremem Starkregen mit 133 Todesopfern und Tausenden beschädigten



Mittlerweile von Trümmern befreit ist die bei der Flut zerstörte, historische Bogenbrücke über die Ahr in Altenahr-Kreuzberg. Foto: dpa

oder zerstörten Häusern her – was hat sich seitdem getan? „Wir sind an einem Wendepunkt“, sagt der Bürgermeister der Verbandsgemeinde

Adenau, Guido Nisius (CDU). „Es ist sehr viel aufgeräumt worden. Die Schutberge sind praktisch verschwunden. Jetzt geht es an

den Wiederaufbau.“ Das Land Rheinland-Pfalz habe kürzlich „den Katastrophenfall aufgehoben“. Damit übernimmt die Kreisverwaltung Ahrweiler die sogenannte Gefahrenabwehr.

Nach dem Abriss vieler Häuser im größten zusammenhängenden Rotweingebiet Deutschlands klaffen in seinen Dörfern zahlreiche Baulücken. Mehr als 70 000 freiwillige Helfer sind nach Angaben eines für sie eingerichteten Shuttledienstes im Ahrtal schon aus dem In- und Ausland angereist, um den Flutopfern beim Entkernen ihrer durchnässen vier Wände zu helfen: Schlamm raus, Putz von den Wänden ab, Bodenbeläge raus – und dann wochenlanges Laufen der Bautrockner. Längst glei-

chen viele Häuser Rohbauten. Ihre Bewohner sind zu Verwandten und Freunden, in andere Wohnungen, Notunterkünfte und Wohnwagen ausgewichen. Tagsüber kommen viele zurück.

Inzwischen sollen laut dem rheinland-pfälzischen Fi-

REKORD

► Eine Rekord-Spendensumme von **260 Millionen Euro** ist bislang beim Bündnis „Aktion Deutschland Hilft“ für Opfer der Hochwasserkatastrophe von Mitte Juli eingegangen. Es sei die größte Summe, die dem Bündnis deutscher Hilfsorganisationen seit seiner Gründung vor 20 Jahren für Hilfsmaßnahmen nach einer Katastrophe zur Verfügung stehe, teilte das Bündnis am Dienstag in Bonn mit.

nanzministerium die ersten Zahlungen aus dem Wiederaufbaufonds von Bund und Ländern auf private Konten fließen. Die Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Altenahr, Cornelia Weigand (parteilos) hofft, in ein, zwei Jahren könnten viele zerstörten Häuser wieder errichtet sein. Der Handwerker- und Baumaterialmangel macht dies indessen nicht leichter. Und wer ein mulmiges Gefühl hat, wieder recht nahe am Fluss zu bauen, findet in dem engen Tal meist nicht viele freie höher gelegene Grundstücke.

Viele Menschen verlassen gleichwohl das Ahrtal. Der Bürgermeister von Bad Neuenahr-Ahrweiler, Guido Orthen (CDU), hat vor Wochen geschätzt, dass bis Jahresende 10 000 seiner 30 000 Einwohner wegziehen könnten.